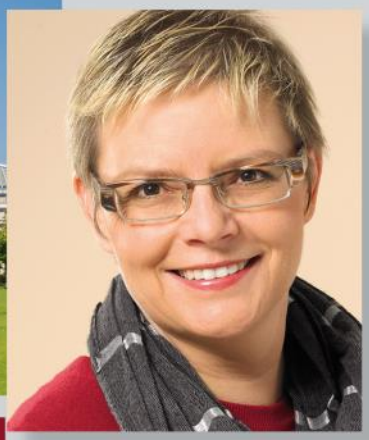


BERLIN [kompakt]

Neues aus dem Deutschen Bundestag und der Region

von Ihrer Bundestagsabgeordneten **Sabine Dittmar**

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

die Flüchtlingsthematik ist aktuell allgegenwärtig. Egal ob in den Medien, an den Stammtischen oder zuhause, überall diskutieren die Menschen über **Chancen und Herausforderungen**, die die neue Lage mit sich bringt.

Im Laufe der Diskussion wird aber auch deutlich, dass die Fakten immer häufiger von Emotionen in den Hintergrund gestellt werden. Eine sachliche Herangehensweise ist jedoch für die Lösung dieser Mammutaufgabe unerlässlich.

Daher erhalten Sie hier eine Sonderausgabe meines Newsletters „Berlin kompakt“, der sich mit den Fakten beschäftigt.

Im Gastbeitrag von Sigmar Gabriel und Frank– Walter Steinmeier im Spiegel wird deutlich, dass wir offen und ehrlich über die Situation sprechen müssen. Außerdem ist klar, dass es einer europäischen Lösung bedarf.

Aber wir dürfen die eigene Bevölkerung nicht aus den Augen verlieren. Die SPD ist die Partei, die beides schaffen muss; **Flüchtlinge, die auf Dauer bei uns bleiben können, schnell zu integrieren**. **Und gleichzeitig unser Land zusammenzuhalten und niemanden, der hier lebt, zu vergessen.** Wir wollen diese Aufgabe gemeinsam anpacken. Mit **Zuversicht und Realismus**.

Bei Fragen und Gesprächsbedarf scheuen Sie sich nicht, mich zu kontaktieren.

Ihre

Sabine Dittmar

In dieser Ausgabe:

2… Vor Ort: Syrien

3 … Gabriel & Steinmeier

5 … Resolution der BayernSPD

6… Fakten statt Vorurteile

8 … Asylgesetzpaket

11 … Gegen Schleuser vorgehen

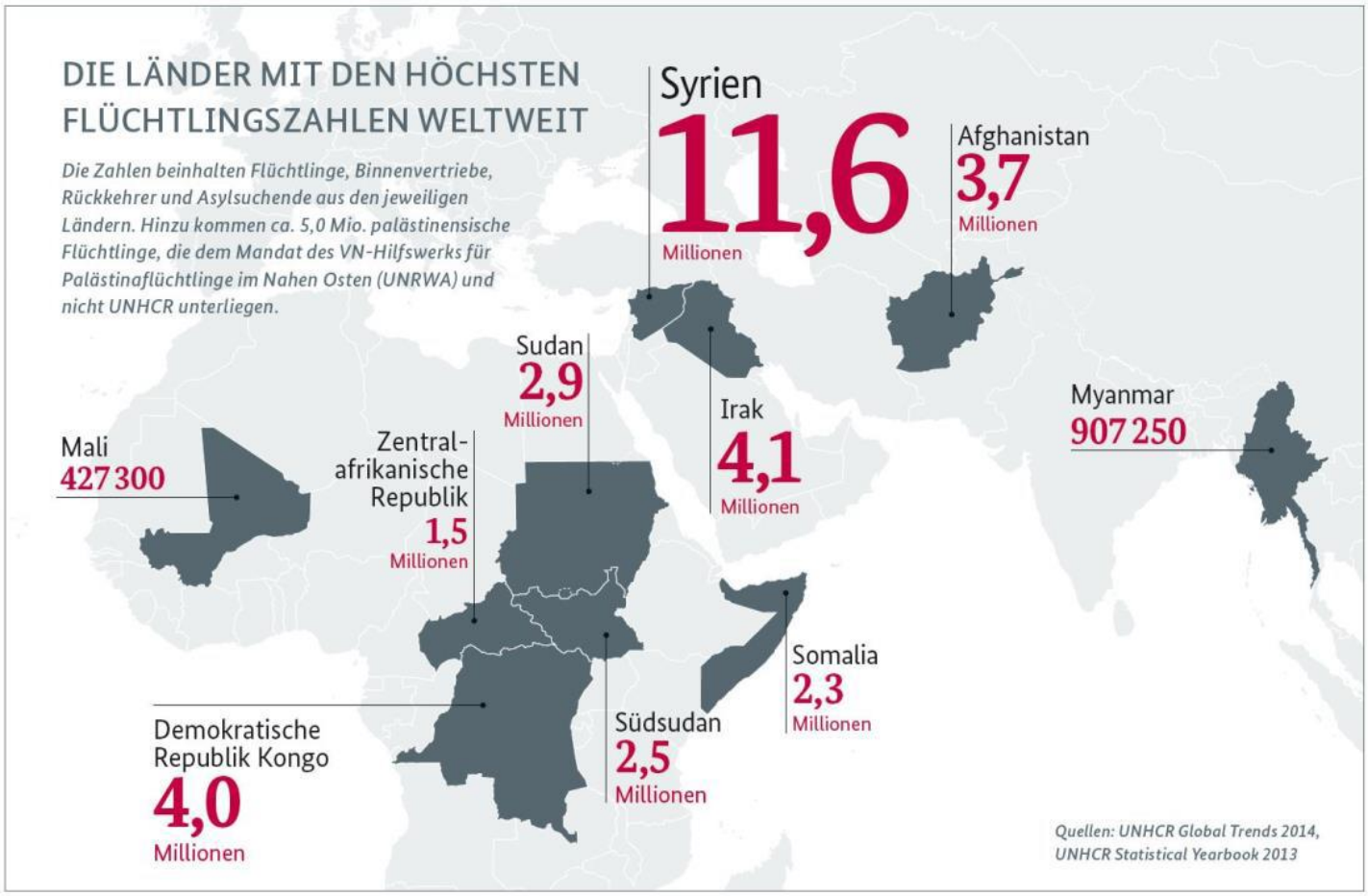
12 … Mein Team

DIE KRISE BEGINNT VOR ORT– BEISPIEL SYRIEN

Die Solidarität und Hilfsbereitschaft, die Tausende Deutsche in diesen Tagen den Menschen entgegenbringen, die aus Krisenregionen fliehen und Zuflucht bei uns suchen, sind geradezu überwältigend. Es ist gut zu wissen, dass wir auf diese Mitmenschlichkeit bauen können. Aber die Menschen, die in diesen Tagen mithelfen, fragen uns auch: Wie wird es weitergehen und wie viel kann Deutschland noch leisten?

Klar ist: Wir brauchen eine europäische Lösung der Flüchtlingskrise. Sigmar Gabriel und Frank-Walter Steinmeier haben hierzu frühzeitig Vorschläge gemacht. Aber ebenso klar ist: Die Flüchtlingsbewegungen werden auf lange Sicht kein Ende nehmen, wenn wir das Übel nicht an der Wurzel packen und helfen, die Krisenherde zu entschärfen und zu stabilisieren.

In ganz besonderer Weise gilt das für den grausamen Bürgerkrieg in Syrien. Von Beginn an haben Syrerinnen und Syrer bei uns in Deutschland Zuflucht gefunden. Mittlerweile sind es über 200.000. Allein in diesem Monat sind über 40.000 hinzugekommen. Doch selbst diese großen Zahlen verblassen gegenüber dem Ausmaß der menschlichen Not vor Ort: Über 14 Millionen Syrerinnen und Syrer haben ihr Zuhause verloren. Etwa zwei Drittel davon sind auf der Flucht im eigenen Land, über 4 Millionen in den Nachbarstaaten. Wir schulden es dem Schicksal dieser Menschen, alles zu tun, was auf dem Wege zu einer Entschärfung und Lösung möglich ist. Deshalb ist es richtig, dass wir in Partei und Fraktion, in der Öffentlichkeit darüber diskutieren, was wir tun können, um dem Krieg ein Ende zu machen. Ich bin der festen Überzeugung, dass eine militärische Eskalation die falsche Antwort ist. Nur wenn wir beharrlich und auf mehreren Ebenen für eine politische Lösung arbeiten, wird es gelingen, das Land zu befrieden.



GASTBEITRAG GABRIEL & STEINMEIER im SPIEGEL KLARTEXT IN DER FLÜCHTLINGSPOLITIK

Was sind wir den von Krieg und Gewalt Bedrohten schuldig? Was und wie viel halten wir aus? Wann sind die äußersten Grenzen der Belastbarkeit erreicht? Jede der drei Fragen hat ihre Berechtigung. Wenn sich aber die Debatte nur noch zwischen den medial zugespitzten „Wir schaffen das“ und „Das Boot ist voll“ bewegt, dann droht die Flüchtlingsfrage unsere Gesellschaft zu zerreißen. Wir brauchen eine **ehrliche Diskussion** über realistische Gestaltungsmöglichkeiten.

Zur Ehrlichkeit gehören einige Feststellungen:

Ja, die große Mehrheit der zu uns kommenden Menschen flieht tatsächlich **aus Kriegs- und Bürgerkriegsgebieten** oder unmittelbar aus den Nachbarregionen.

Ja, wir hatten einen hohen Anteil von Flüchtlingen aus dem **westlichen Balkan. Diese haben aber keine Chance** auf Anerkennung auf Asyl. Sie müssen rasch in ihre Heimat zurückkehren.

Ja, trotz der beispiellosen Hilfsbereitschaft der Deutschen und der überwältigenden Leistung der Kommunen, müssen wir **das Mögliche dafür tun, damit die Zuwanderungszahlen nach Deutschland wieder sinken.** Denn wir können nicht dauerhaft in jedem Jahr mehr als eine Million Flüchtlinge aufnehmen und integrieren.

Zur Ehrlichkeit gehört das Eingeständnis, dass wir die Dynamik der Migration nicht allein mit den Mitteln der deutschen Innenpolitik und schon gar **nicht ohne Europa** beeinflussen können; und auch dann werden wir den Trend nicht über Nacht brechen.

Deutschland hat gehandelt. Länder und Kommunen werden entlastet. Wir haben mit dem Asylpaket nationale Voraussetzungen geschaffen, um vor allem den wirklich Schutzbedürftigen helfen zu können. Unsere rechtstaatliche Kultur mitsamt den verfassungsrechtlich garantierten Grundrechten werfen wir dabei nicht über Bord.

Klar ist aber auch: Wir müssen **mit Beharrlichkeit und Entschiedenheit an internationalen und besonders europäischen Lösungen arbeiten**, damit der Druck auf Deutschland wieder abnehmen kann. Dafür brauchen wir wieder mehr Vertrauen, dass nationaler Egoismus keinen Ausweg bringt, gemeinsames Handeln aber allen nutzt.

Die Entscheidung in der EU zur Verteilung von 120.000 Flüchtlingen ist gut, reicht aber nicht. **Wir brauchen einen dauerhaften europäischen Verteilungsschlüssel**.

Wir haben funktionsfähige europäische Institutionen, sie sind aber nicht auf den derzeitigen Flüchtlingsansturm eingestellt. FRONTEX braucht mehr Personal für die Sicherung der EU-Außengrenzen und sollte zu einer europäischen Grenzschutzbehörde ausgebaut werden. Überfällig ist eine gemeinsame Grenzsicherung mit der Türkei im östlichen Mittelmeer. Das Europäische Asylunterstützungsbüro EASO ist ja schon der Embryo einer europäischen Asylbehörde. Auch hier sollten wir mutige Schritte der Integration angehen. Wir müssen Griechenland und Italien beim Aufbau von „Europäischen Ankunftszentren“ unterstützen. Hier müssen konsequent alle ankommenden Flüchtlinge registriert und dann innerhalb der EU gerecht verteilt werden.

Europäische Lösungen werden aber nur dann greifen, **wenn wir zu Vereinbarungen mit den Schlüsselländern in der europäischen Nachbarschaft, vor allem der Türkei, kommen.** Hier hat die Europäische Kommission einen Aktionsplan vorgeschlagen, den wir mit einem bilateralen Migrationsdialog flankieren.

Wir müssen jene Staaten stützen, die derzeit einen Großteil der Flüchtlinge aufnehmen. Das sind neben der Türkei vor allem Jordanien und der Libanon. In New York ist es gelungen, unsere Hilfe an die die internationalen humanitären Hilfsorganisationen um 1,8 Milliarden Dollar aufzustocken.

Die wichtigste und nachhaltigste Aufgabe unserer Außenpolitik bleibt es, **die Flüchtlingskrise dort zu bekämpfen, wo sie entsteht.** Deshalb setzen wir uns mit aller Kraft für politische Lösungen für die großen Krisen und Konfliktherde des Mittleren Ostens und Nordafrikas ein. Dazu gehören auch Gespräche mit Russland, das beim Zustandekommen des Atomabkommens mit dem Iran konstruktiv agiert hat. Es muss verhindert werden, dass die staatlichen Strukturen in Syrien endgültig im- oder explodieren und sich noch mehr Menschen auf den Weg zu uns machen.

Über all dem steht: **Wir erreichen nur dann Verständnis und Vertrauen, wenn wir über realistische Gestaltungsmöglichkeiten sprechen**. Deshalb brauchen wir beides, Zuversicht und Realismus. Nur mit Zuversicht mobilisieren wir die politische und gesellschaftliche Gestaltungskraft, um die große Chance der Integration dieser Menschen zu nutzen. Und nur mit Realismus können wir unsere humanitären Ziele auch in die Praxis umsetzen.

Unsere Politik wird nur dann auf Dauer mitgetragen, wenn wir die Hilfsbereitschaft der Menschen in unserem Land nicht überfordern. Und wir erreichen nur dann Akzeptanz, wenn Menschen in unserem Land nicht vernachlässigt werden und auch ihre ganz realen Bedürfnisse und Probleme erstgenommen werden.

Wir stehen am Scheideweg: Zwischen einem Kontinent, auf dem uns Schlagbäume, Zäune und nationale Egoismen wieder trennen. Oder einem Kontinent, dem es gelingt, gemeinsame Antworten zu finden: mit einer europäischen Asylpolitik, mit dem gemeinsamen Kampf gegen Fluchtursachen. Einem Kontinent, der sich ehrlich macht und diese große Herausforderung mit klarem Blick und ohne Illusionen anpackt.

Die Bewältigung der Flüchtlingskrise hat für die deutsche Entwicklungspolitik höchste Priorität. Wir investieren gezielt Mittel zur Bekämpfung von Fluchtursachen und zur Unterstützung von Flüchtlingen:

Wir geben mehr als 1 MILLIARDE EURO FÜR DIREKTE FLÜCHTLINGSHILFE *aus.*

Mehr als 12 MILLIARDEN EURO *fließen über die gesamte Legislaturperiode hinweg in* STRUKTURELLE FLUCHTURSACHEN-BEKÄMPFUNG.

Wir haben DREI SONDERINITIATIVEN *geschaffen und setzen gerade ein weiteres* INFRASTRUKTURPROGRAMM *für Flüchtlingsgebiete in Nahost, Nordafrika, Westafrika und der Ukraine in Höhe von 1,7 Milliarden Euro um (Wohnungsbau, Wasserversorgung, Schulen, Krankenhäuser, Stromversorgung).*

Hierdurch können wir unter anderem:

60.000 syrische Kinder im Libanon einschulen;

400.000 Menschen in Mali mit Wasser versorgen;

15.000 Menschen im Irak in Beschäftigung bringen;

25.000 Menschen in Ägypten beruflich bilden;

Wohnraum für 25.000 Menschen in der Ukraine schaffen;

800.000 Menschen in Jordanien mit Wasser und 200.000 Menschen mit Strom versorgen.

RESOLUTION DER BAYERNSPD: KEINE ASYL-OBERGRENZE

Der Vorstand der BayernSPD, dem auch ich angehöre, hat sich am letzten Wochenende zur jährlichen Herbstklausur getroffen. Flucht und Vertreibung standen im Mittelpunkt in Kochel am See. Die einhellige Botschaft: Bayern schafft es, die hilfesuchenden Menschen zu integrieren. Dabei gilt es, besonnen und realistisch vorzugehen. Populistische Reflexe, Illusionen von undurchlässigen Grenzen und neue Zäune sind keine nachhaltigen Antworten. Die dreistündige Debatte am Samstag konnte per Livestream mit Livechat im Internet verfolgt werden. Mehr dazu auf www.bayernspd.de

Der Landesvorsitzende, **Florian Pronold**, betonte gleich zu Beginn der Debatte in der Georg-von-Vollmar-Akademie: „Wir brauchen einen langen Atem, aber wir können die Integration schaffen. Klar ist aber auch: Wir machen nicht nur Politik für Flüchtlinge. Das Problem der Wohnungsnot ist schon lange da. Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum für alle. Es ist wichtig, nicht die Schwächsten in der Gesellschaft gegeneinander auszuspielen. Es gibt einerseits schon jetzt viele Menschen, die auf dem bayerischen Wohnungsmarkt keine Wohnung finden. Es gibt anderseits die Flüchtlinge, die bald eine Wohnung brauchen werden. Und da müssen wir noch mehr tun als die Staatsregierung jetzt in ihrem Integrationspaket angekündigt hat.“

Zu Gast in Kochel: **Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly.** Er bezeichnete das Integrationspaket der Staatsregierung als ersten Schritt in die richtige Richtung. Um die hilfesuchenden Menschen erfolgreich zu integrieren, gilt laut Maly die Devise: „Wir müssen die bewährten Instrumente verwenden und die Fehler von früher vermeiden. Das Wichtigste ist die Vermittlung der deutschen Sprache. Integration gelingt aber auch im Kindergarten, über Bildung, also in der Schule, über den Arbeitsmarkt und über den Wohnungsmarkt. Dabei dürfen wir nicht vergessen: Die gleiche Empathie, die wir für die Flüchtlinge aufbringen, müssen wir für die aufnehmende Gesellschaft aufbringen. Begegnungen sind entscheidend. Begegnungen helfen, aus Fremden im besten Fall auch Freunde zu machen."

Widerspruch erntete der Bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer für seine rechtspopulistischen Ankündigungen. Florian Pronold dazu: „Horst Seehofer hat versucht den Eindruck zu erwecken, er könnte Grenzzäune wieder hochziehen und Flüchtlinge zurückschicken. Wir müssen mit dem Thema anders umgehen. **Man darf keine Illusionen wecken. Stammtischparolen und angedrohte Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht helfen nicht weiter.“**

Auch Ulrich Maly empfahl der Staatsregierung eine andere Strategie: „Es ist nicht Aufgabe der Politik, die Menschen immer noch weiter zu verunsichern mit immer neuen Vorschlägen. Kein Bundesland alleine hat die Instrumente, um den Zuwachs des Zuzugs der Flüchtlinge zu begrenzen. **Bayern alleine wird das Problem nicht lösen. Wir müssen uns den großen Flüchtlingslagern zuwenden, in Jordanien, im Libanon und in der Türkei. Das muss auf der europäischen Ebene solidarisch gelöst werden. Da ist Außenpolitik gefragt und die wird in Berlin gemacht.“**

Der Vorsitzende der SPD-Landesgruppe im Bundestag und stellvertretende Landesvorsitzende, Martin Burkert, erneuerte auf der Klausur die Forderung nach einem Einwanderungsgesetz. „Nur so können wir Rahmenbedingungen setzen für gezielte Einwanderung neben dem Asylrecht. Gesteuerte Migration in den deutschen Arbeitsmarkt ist nötig. Wir haben 90.000 offene Stellen in Bayern. Und das wird anwachsen in den nächsten fünf Jahren auf 220.000 freie Stellen. Mit einem Einwanderungsgesetz stellen wir die richtigen Weichen.“

Flucht und Vertreibung bleiben im Fokus der BayernSPD. Unter dem Motto: „**Wer? Wenn nicht wir! – Flüchtlingspolitik zwischen Humanität und Grenzzaun“ geben wir auf dem bevorstehenden kleinen Parteitag in Augsburg am 24. Oktober 2015 weitere Antworten auf die Fragen in der Flüchtlings- und Integrationspolitik.**

WAHRHEITEN GEGEN VORURTEILE

Unsicherheiten entfachen Misstrauen und Ängste. Viele Menschen sind angesichts von Hunderttausenden Flüchtlingen und Asylbewerbern, die nach Deutschland kommen, verunsichert. Schluss mit Vorurteilen über Flüchtlinge! Fakten schaffen da klare Sicht.

Vorurteil: „Deutschland ist zu klein für noch mehr Zuwanderung“

Fakt ist: Deutschland braucht dringend Zuwanderung – besonders Fachkräfte werden gesucht. Viele Flüchtlinge, die bei uns Asyl beantragen, sind gut ausgebildet und zum Teil hoch qualifiziert. Wir wissen, dass viele bleiben werden. Deshalb hat die SPD dafür gesorgt, dass sie so früh wie möglich Deutsch lernen. Die Menschen müssen schnell und gut integriert werden. Wir wollen nicht, dass sich die Fehler der 90er Jahre wiederholen. Und überhaupt: Wenn in eine Gastwirtschaft mit 90 Stühlen, von denen 80 besetzt sind, eins-zwei Gäste hinzukommen: Ist diese Gastwirtschaft dann überfüllt? Nein!

Vorurteil: „Asylbewerber bekommen mehr als Hartz-IV-Empfänger“

Fakt ist: Das ist falsch. In den ersten 15 Monaten bekommen sie vor allem Sachleistungen und ein Taschengeld – und damit deutlich weniger als Hartz-IV-Empfänger. Anschließend erhalten sie das gleiche Existenzminimum. Das Bundesverfassungsgericht hat 2012 klar geurteilt: Weniger als das ist mit der Menschenwürde nicht vereinbar. Allerdings haben Asylsuchende keinerlei Ansprüche auf Fördermaßnahmen wie etwa Hartz-IV-Empfänger.

Vorurteil: „In der Nähe von Flüchtlingsheimen steigt die Kriminalität“

Fakt ist: Dort, wo die Kriminalität steigt, liegt das nicht an den Flüchtlingen! Sondern an den zunehmenden Übergriffen auf sie, wie auch an den Anschlägen und Brandstiftungen auf Flüchtlingsheime durch Rechtsradikale. So wurde im Zusammenhang mit den Pegida-Demonstrationen eine Steigerung der Tätlichkeiten und Anfeindungen gegen Flüchtlinge in kürzester Zeit um unglaubliche 130 Prozent registriert. 11 Flüchtlinge sind nicht krimineller als Deutsche. Glauben Sie nicht alle Geschichten von Vergewaltigern, Kinderschändern und Dieben, von gewalttätigen Flüchtlingen, die Frauen belästigen und eine Gefahr für kleine Kinder sind. Das Internet ist voll von solchen Geschichten und Behauptungen. Doch Fakt ist: In keinem Bundesland kann die Polizei all das bestätigen. Hier wird mit den Ängsten der Menschen eine Hetze betrieben, die wir nicht mitmachen dürfen!

Vorurteil: „Da kommen nur junge Männer, die ihre Heimat und ihre Familien im Stich lassen“

Fakt ist: Das ist so, aber das hat auch seine guten Gründe! Mal abgesehen davon, dass bis zu 30 Prozent der Flüchtlinge Kinder und Jugendliche sind – das Bild auf den Straßen vor Flüchtlingsheimen ist tatsächlich dominiert von jungen, meist dunkelhäutigen Männern. Die Entscheidung zur Migration hängt von der individuellen Situation ab. In vielen Familien, die in Gefahr geraten, reichen die Ressourcen einfach nicht aus, um mehr als einem Mitglied die Flucht nach Europa zu finanzieren. Aus verschiedenen Gründen würden dann eher die jungen Männer als Frauen oder Ältere und Kinder auf den Weg geschickt. So sind Männer etwa in der Regel körperlich stärker und - je nach Herkunft - häufig besser ausgebildet als Frauen. Deshalb gelten ihre Chancen als größer, eine gefährliche Reise zu überleben und am Zielort Arbeit zu finden. Häufig stellen sie aus traditionellen Vorstellungen heraus den Haupternährer - und stehen damit in der Verantwortung, für die Familie zu sorgen. In Kampfgebieten ist die Gefahr für Männer größer, von einer Partei als mutmaßlicher Gegner getötet oder von einer anderen Partei - etwa der Regierungsarmee - zwangsrekrutiert zu werden. Auch diese Gründe können zur Flucht motivieren. Vor diesem Hintergrund ist es nicht überraschend, dass sich - unabhängig vom konkreten Anlass der Flucht - eher Männer auf die gefährliche Reise machen,

Vorurteil: „Unser christliches Abendland wird von den Muslimen überrannt“

Fakt ist: Aktuell leben in Deutschland fünf Prozent Muslime. Selbst wenn alle Flüchtlinge Muslime wären, was sie nicht sind, würde dieser Prozentsatz bei einer Millionen Flüchtlinge pro Jahr gerade mal jährlich um 0,625 Prozent erhöhen. Von einer Islamisierung kann man bei solchen Zahlen nun wirklich nicht sprechen!

Vorurteil: „Wir sind nicht das Weltsozialamt“

Fakt ist: Das Recht auf Asyl für Frauen, Männer und Kinder, die Schutz bei uns suchen, ist ein Grundrecht. Es gehört zum Kernbestand unserer Geschichte und unserer Verfassung. Asylsuchenden wird das Existenzminimum gewährt, bis sie sich durch eigene Arbeit ihr Leben finanzieren können. Deshalb hat die SPD dafür gesorgt, dass sie bereits nach drei Monaten arbeiten dürfen. Und es ist ja auch nicht so, dass die Mehrzahl der Flüchtlinge zu uns will. Die meisten bleiben im eigenen Land oder in den Nachbarländern, wo sie oft unter menschenunwürdigen Umständen untergebracht sind.

Vorurteil: „Flüchtlinge nehmen uns unsere Arbeitsplätze weg“

Fakt ist: Eher im Gegenteil! In Deutschland werden in vielen Berufen händeringend Arbeitskräfte gesucht. Arbeitsministerin Andrea Nahles hat dazu bereits ein Programm zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit auf den Weg gebracht. Wir als SPD vergessen keinen deutschen Arbeitslosen – wir spielen aber auch keine Asylsuchenden gegen innländische Arbeitssuchende aus! Und wir fordern die anderen Parteien auf, diesen Weg mit uns zu gehen.

Vorurteil: „Denen geht’s doch gut – die haben alle ein Handy“

Fakt ist: Viele Flüchtlinge haben ein Mobiltelefon. Sowohl in Krisengebieten, wie beispielsweise in Syrien, aber auch besonders auf der Flucht selbst ist ein Handy ein überlebenswichtiges Kommunikationsmittel. Oft ist es das Letzte, was die Flüchtlinge – neben dem, was sie am Körper tragen – aus ihrer Heimat mitnehmen konnten. Und eines muss auch klar sein: Wer vor Krieg und Elend flüchtet, muss nicht zwangsläufig arm sein. Gerade die Flüchtlinge aus den Kriegsregionen sind eben keine armen „Wirtschaftsflüchtlinge“. Sie haben oft Haus und Hof verkauft, um Leib und Leben durch Flucht retten zu können.

Vorurteil: „Balkanflüchtlinge sind doch eh alles nur Wirtschaftsflüchtlinge“

Fakt ist: Die Anerkennungsquoten der Antragstellerinnen und Antragssteller aus diesen Ländern ist äußerst gering. Die sechs Westbalkanstaaten wollen allesamt Mitglied der Europäischen Union werden und gelten im Sinne des Flüchtlingsrechts als sicher. Deshalb ist es konsequent, die meisten dieser Länder als sichere Herkunftsstaaten einzustufen. Aber: Diese Einstufung bedeutet nicht, dass es kein Asylverfahren mehr gibt. Anders als in Syrien herrscht auf dem Balkan kein Krieg. Aber fliehen deshalb alle Flüchtlinge von dort vor der Armut? Der Begriff „Flüchtlinge vom Balkan“ bezieht sich überwiegend auf Roma. Diese Bevölkerungsgruppe leidet in ihren Herkunftsländern unter menschenunwürdiger Diskriminierung. Das hat auch die EU-Kommission wiederholt festgestellt. Trotzdem bekommt kein Flüchtling vom Balkan in Deutschland Asyl. Die Ablehnungsquote beträgt so gut wie 100 Prozent. Fakt ist also: Diese sogenannten „Wirtschaftsflüchtlinge“ bleiben nicht in Deutschland, es sei denn, sie sind als Roma verfolgt.

KOALITION VERABSCHIEDET ASYLGESETZPAKET

Nie waren weltweit mehr Menschen auf der Flucht vor Krieg, Terror und Verfolgung als in diesen Zeiten. Laut Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) sind knapp 60 Millionen Menschen auf dem Weg auf der Suche nach Frieden, Sicherheit und einem neuen Leben. Immer mehr hilfesuchende Menschen kommen auch nach Europa, insbesondere nach Deutschland, um hier Asyl zu beantragen. Dieses Jahr erwarten wir zwischen 800.000 und 1.000.000 Schutzsuchende. Das stellt den Bund, die Länder und Kommunen und die gesamte Gesellschaft vor große Herausforderungen. Wir müssen Lösungen finden, wie Deutschland seiner humanitären Verantwortung trotzdem gerecht werden kann. Der Koalitionsausschuss hat am 6. September beschlossen, dass der aktuellen Asyl- und Flüchtlingssituation mit einer Reihe von Maßnahmen kurzfristig begegnet werden soll. Auf dem Flüchtlingsgipfel im Bundeskanzleramt am 24. September wurden diese von den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder und der Bundesregierung bestätigt und konkretisiert. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. U.a. wurden folgende Regelungen beschlossen:

Um Fluchtursachen in Herkunftsländern zu bekämpfen, werden die entsprechenden Mittel aufgestockt.

Um die Länder und Kommunen zu entlasten, zahlt der Bund den Ländern ab 2016 eine Pauschale von monatlich 670 Euro pro Asylbewerber für die Dauer des Verfahrens und im Fall der Ablehnung einen Monat darüber hinaus und beteiligt sich an der Versorgung von unbegleiteten Minderjährigen Flüchtlingen zusätzlich mit 350 Mio. Euro jährlich.

Die Dauer von Asylverfahren soll auf durchschnittlich drei Monate verkürzt werden.

Um der angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt entgegenzuwirken und bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen in Deutschland zu schaffen, werden u.a. 500 Millionen Euro für den sozialen Wohnungsbau bereitgestellt.

Für ein Sonderprogramm des Bundesfreiwilligendienstes in der Flüchtlingsarbeit werden 10.000 neue Stellen geschaffen.

Zudem wurde unter der Federführung des BMI das nun vorliegende Asylpaket bestehend aus einem Artikelgesetz (Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz) und einer Mantelverordnung erarbeitet. Auch wir als Fraktion haben unsere Vorschläge und Anmerkungen in die Verhandlungen eingebracht. Insbesondere sind folgende Regelungen enthalten

Sichere Herkunftsstaaten

Albanien, Kosovo und Montenegro werden zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt. Dieser in unserer Fraktion umstrittene Beschluss konnte in unserem Sinne ergänzt werden: Erstens wird sich der Bund weiter dafür einsetzen, die wirtschaftliche und soziale Lage in den Herkunftsstaaten für Minderheiten zu verbessern. Zweitens wird der Bund verpflichtet, alle zwei Jahre einen Bericht über die Lage in den betreffenden Staaten vorzulegen.

Beschleunigung des Asylverfahrens

Zur Beschleunigung des Asylverfahrens können Asylbewerber verpflichtet werden, bis zu sechs statt bisher drei Monate in der Erstaufnahmeeinrichtung zu wohnen. Für Antragsteller aus sicheren Herkunftsstaaten soll dies bis Ende des Verfahrens gelten. Wichtig war uns dabei, dass die Länder hier weiterhin Spielraum haben, ob sie diesen Zeitraum nutzen.

Vorverlagerung und Verbesserung der Sprachförderung

Arbeit ist der Schüssel für Integration. Dauerhafte Arbeit setzt gute Sprachkenntnisse voraus. Deshalb werden Spracherwerb und Arbeitsmarktpolitik stärker verknüpft. Die berufsbezogene Sprachförderung und die Integrationskurse sollen in ein Gesamtprogramm „Sprache“ überführt werden. Dabei geht es einerseits um eine Erhöhung der Zahl der Sprachkurse und andererseits darum, möglichst früh Sprachkurse anzubieten. Dafür werden die Mittel für Sprachkurse deutlich aufgestockt.

Außerdem werden die Integrationskurse für Geduldete und Asylbewerber, bei denen ein dauerhafter Aufenthalt zu erwarten ist, geöffnet. Jobcenter können aber auch weiterhin im Rahmen von Eingliederungsleistungen berufsbezogene Sprachförderung als Bestandteil von Maßnahmen anbieten. Das ist ein deutlicher Fortschritt. Die, die dauerhaft bei uns bleiben werden, wollen wir früh integrieren.

Integration in den Arbeitsmarkt

Zudem werden die Eingliederungstitel der Jobcenter so aufgestockt, dass wir dauerhaft bleibende Flüchtlinge aktiv bei der Arbeitsmarktintegration unterstützen können. Anerkannte Asylberechtigte werden voll arbeitsberechtigt, erhalten Leistungen der Jobcenter und zählen in der Arbeitslosenstatistik.

Die Bevölkerung in Deutschland altert und zukünftig werden vermehrt Fachkräfte gebraucht. Die Flüchtlinge kommen hoch motiviert an und wollen etwas aufbauen. Wir müssen aber auch die Anstrengungen für Menschen verstärken, die schon lange hier leben und Arbeit suchen. Das Mehr an Mitteln für die Jobcenter wird auch hier hilfreich sein. Gemeinsam können wir so weiter ein stabiles Wachstum und ein gutes Leben für alle in unserem Land schaffen. Klar ist auch: Die Schaffung eines prekären Niedriglohnsektors für Flüchtlinge, z. B. durch eine Absenkung des Mindestlohns für Flüchtlinge, wird es nicht geben.

Das Modellprojekt „Early Intervention“ wird flächendeckend ausgeweitet. Damit stellen wir sicher, dass Mitarbeiter der Bundesagentur so früh wie möglich in die Einrichtungen gehen und die Berufserfahrungen und Qualifikationen der Flüchtlinge erheben können.

Arbeitsvisa für Menschen aus Westbalkanländern

Gleichzeitig zu den Regelungen hinsichtlich sicherer Herkunftsstaaten wird Bürgern aus dem Westbalkan der legale Zugang zum Arbeitsmarkt vereinfacht. Wichtig war uns dabei, den Menschen Wege jenseits des Asylverfahrens zu eröffnen: Wer einen Arbeits- oder Ausbildungsvertrag mit tarifvertraglichen Bedingungen vorweisen, seinen Lebensunterhalt und ggf. den seiner Familie selbst - ohne Sozialleistungen - decken kann und in den letzten zwei Jahren nicht als Asylbewerber oder Geduldeter in Deutschland Leistungen bezogen hat, soll mit Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit arbeiten oder eine Ausbildung aufnehmen dürfen.

Erleichterungen des Arbeitsmarktzugangs bei der Leiharbeit

Das Leiharbeitsverbot für Asylbewerber und Geduldete, das bisher in den ersten vier Jahren des Aufenthaltes bestand, entfällt künftig für Hochqualifizierte und in den Ausbildungsberufen, in denen ein Fachkräfteengpass besteht, nach Ablauf der allgemeinen Wartefrist für den Arbeitsmarktzugang von drei Monaten. Für alle anderen nach einer Aufenthaltsdauer von 15 Monaten. Damit wird Flüchtlingen der Arbeitsmarktzugang weiter erleichtert.

Anpassungen im Leistungsrecht

Für vollziehbar Ausreisepflichtige, die nicht unverschuldet an der Ausreise gehindert sind, werden die Leistungen auf das unabdingbar Notwendige reduziert.

Zudem sieht die Neuregelung begrenzt für den Zeitraum der Unterbringung in der Erstaufnahme vor, dass der notwendige persönliche Bedarf (Kommunikation, ÖPNV, Freizeit/Kultur, Bildung etc.) durch Sachleistungen gedeckt werden *soll*. Die Regelung eröffnet den Leistungsbehörden zugleich die Möglichkeit, weiterhin Geldleistungen zu erbringen, soweit dies - nach den Umständen (z. B. aufgrund der Überlastung der Erstaufnahmeeinrichtung) - erforderlich ist. Bei einer Folgeunterbringung in Sammelunterkünften *können* Sachleistungen gewährt werden.

Erleichterungen im Bauplanungsrecht

Durch den innerhalb kurzer Zeit stark steigenden Zuzug von Flüchtlingen ist auch der Bedarf nach Erstaufnahmeeinrichtungen und nachhaltigem und bezahlbarem Wohnraum kurzfristig stark gestiegen und steigt weiter. Nachdem wir bereits im letzten Jahr Erleichterungen im Bauplanungsrecht für Flüchtlingsunterkünfte umgesetzt haben, z.B. im unbeplanten Innenbereich und als Ausnahme in Gewerbegebieten, führen wir nun weitere befristet ein. In sämtlichen baurechtlichen Gebietskategorien – sowohl im Innen- wie im Außenbereich wird die Zulässigkeit von Flüchtlingsunterkünften ausgeweitet.

In einer Generalklausel wird die Möglichkeit zur Abweichung von den Vorschriften des Baugesetzbuches ebenfalls bis zum 31.12.2019 eingeräumt, sofern die rechtzeitige Bereitstellung dringend benötigter Unterkünfte anderweitig nicht erreicht werden kann. Außerdem wird in Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften eine auf drei Jahre befristete generelle Befreiung von der im Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz festgeschriebenen Pflicht für Gebäude im Eigentum der öffentlichen Hand, bei grundlegenden Renovierungen erneuerbare Energien zur Wärmeversorgung zu nutzen, eingeräumt.

Zudem werden diese Gebäude bis zum 31.12.2018 von aus der Energieeinsparverordnung resultierenden Nachrüstungs- und Bauteilanforderungen im Fall notwendiger Modernisierungen befreit.

Wohnungsbau

Der Bedarf nach neuen, bezahlbaren Wohnungen steigt und wird durch die Flüchtlinge, die mittel- bis längerfristig in Deutschland bleiben, absehbar weiter steigen. Deshalb ist es so wichtig, dass neben den befristeten Maßnahmen, die kurzfristig die Einrichtung und den Bau von Unterkünften beschleunigen sollen, auch dafür gesorgt wird, dass langfristig genügend bezahlbarer Wohnraum für alle Menschen in Deutschland zu Verfügung steht. Um Wohnungsneubau anzureizen, sieht das Asylpaket vor, dass die den Ländern vom Bund zugewiesenen Kompensationsmittel für den sozialen Wohnungsbau bis 2019 um insgesamt 2 Milliarden Euro erhöht werden. Im Gegenzug haben die Länder zugesagt, die Kompensationsmittel zweckgebunden für den sozialen Wohnungsbau einsetzen zu wollen. Kommunen werden Immobilien und Liegenschaften des Bundes schnell und verbilligt für den sozialen Wohnungsbau bereitgestellt. Dafür sollen in den laufenden Beratungen zum Nachtragshaushalt 2015 und zum Haushalt 2016 die Voraussetzungen mittels Haushaltsvermerk im Einzelplan 60 analog zu den bestehenden Regelungen zur verbilligten Abgabe von Konversionsflächen geschaffen werden. Diese Maßnahmen sollen durch weitere Anreizinstrumente ergänzt werden, um den Neubau in angespannten Wohnungsmärkten zu fördern.

Gesundheitsversorgung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern

Für den Bereich der Gesundheitsversorgung verbessert das Asylpaket die Situation der Asylbewerberinnen und Asylbewerber deutlich und nachhaltig. Konkret werden wir mit dem Paket folgende vier Leistungsbereiche neu regeln bzw. ausweiten:

Künftig besteht ein bundesweit einheitlicher Anspruch auf Schutzimpfungen für Asylsuchende. Den Asylbewerbern werden fortan frühzeitig, regelmäßig und aktiv Schutzimpfungen angeboten, um bestehende Impflücken zu schließen und Krankheitsausbrüche in Gemeinschaftsunterkünften zu vermeiden. Mit dieser Maßnahme tragen wir nicht nur zum gesundheitlichen Schutz der Flüchtlinge bei, sondern handeln auch im Interesse der öffentlichen Gesundheit.

Die Krankenkassen werden verpflichtet, die Krankenbehandlung zu gewährleisten und entsprechende Rahmenvereinbarungen zu treffen, sofern das von der jeweiligen Landesregierung gewünscht wird. Um den Flüchtlingen einen diskriminierungsfreien und unbürokratischen Zugang zum Gesundheitssystem zu ermöglichen, kann in diesem Zusammenhang die Aushändigung einer elektronischen Gesundheitskarte erfolgen, was wir ausdrücklich begrüßen.

Sprachkundige Ärzte unter den Asylbewerbern können künftig die ärztliche Versorgung in Flüchtlingsunterkünften unter strengen Vorgaben unterstützen, sofern die vorhandenen Kapazitäten hierzu nicht ausreichen. Die Ausübung der Tätigkeit ist befristet und ausschließlich auf Aufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge begrenzt und muss unter Verantwortung eines Arztes erfolgen. Wir nutzen damit die vorhandenen Ressourcen optimal, entlasten die vor Ort tätigen Ärzte und stellen die Gesundheitsversorgung der Asylbewerber in Flüchtlingsunterkünften sicher.

Um die ambulante psychotherapeutische und psychiatrische Behandlung von besonders schutzbedürftigen traumatisierten Flüchtlingen, die Folter, Vergewaltigung oder sonstige schwere Formen psychischer, physischer oder sexueller Gewalt erlitten haben, zu ermöglichen, wird die Zulassungsverordnung der Ärzte hinsichtlich der Ermächtigungsmöglichkeiten geändert. So sollen künftig geeignete Ärzte, Psychotherapeuten und spezielle Einrichtungen, z.B. Traumazentren, die bisher über keine Kassenzulassung verfügten, zur Behandlung der Asylsuchenden ermächtigt werden können.

Diese und weitere Maßnahmen sind wichtige Schritte, um die Aufnahme, gute Unterbringung, Versorgung und Integration von geflohenen Menschen zu gestalten. Die SPD hat sich an vielen Stellen dafür eingesetzt. Wir können die Beschlüsse gut unterstützen, auch wenn uns vielleicht nicht jeder Halbsatz gefällt.

EUNAVFOR MED GEGEN MENSCHENSCHMUGGEL BESCHLOSSEN

Der Bundestag hat in Namentlicher Abstimmung einen Antrag der Bundesregierung zur Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EUOperation EUNAVFOR MED beschlossen. **Ich habe mit „Ja“ gestimmt**. Mit der Operation soll das Geschäftsmodell der Menschenschmuggel- und Menschenhandelsnetzwerke im südlichen und zentralen Mittelmeer unterbunden werden. Die Seenotrettung steht dabei nach wie vor an erster Stelle. Täglich machen sich zahlreiche Flüchtlinge auf Booten von Nordafrika auf den Weg nach Europa – meist unter lebensgefährlichen Umständen, oft mit Kindern an Bord. **Mit der Mission EUNAVFOR MED (European Naval Forces Mediterranean) soll gezielt gegen die kriminellen Schlepper in den internationalen Gewässern zwischen Libyen, Tunesien und Italien vorgegangen werden.** Das heißt: Mit der Ausweitung des Mandats, das seit Ende Juni in Kraft ist, soll die Bundeswehr Schiffe und Boote anhalten, durchsuchen und wenn nötig beschlagnahmen und umleiten dürfen. EUNAVFOR MED ist ein Element innerhalb der Gesamtinitiative der EU zur Unterbindung der Menschenschmuggel- und Menschenhandelsnetzwerke. Ziel ist es, die Bewegungsfreiheit der Schleuser einzuschränken und eine abschreckende Wirkung zu entfalten. In den letzten Monaten wurden rund 8.000 Menschen durch die beteiligten deutschen Soldatinnen und Soldaten auf Hoher See gerettet. Und das muss fortgesetzt werden. Durch die zunehmende Hoffnungslosigkeit der syrischen Flüchtlinge und die desaströse Lage in den Flüchtlingslagern in den Nachbarländern sehen viele Menschen nur in der Flucht über das Mittelmeer eine Chance auf ein besseres Leben. Die Ausweitung des Mandats steht dabei nicht im Widerspruch mit einer aktiven Bekämpfung der Fluchtursachen. Vielmehr gehört die Finanzierung der Flüchtlingslager in Syriens Nachbarländern genauso zur Ursachenbekämpfung wie EUNAVFOR. Für die Bundeswehr ist eine Obergrenze von 950 SoldatInnen vorgesehen. Die Beteiligung ist somit bis 31. Oktober 2016 gesichert. Neben Deutschland beteiligen sich Frankreich, Großbritannien, Spanien, Italien und Slowenien an der Mission.

Mein Team:

Michael Frank, Büroleitung

Tel: 030 / 277-71810 sabine.dittmar.ma01@bundestag.de

Ilona Laschütza, Wissenschaftliche Mitarbeiterin (Gesundheit)

Tel: 030 / 227-71811 sabine.dittmar.ma02@bundestag.de

Karen Pohle

Tel: 0971 / 6994949 sabine.dittmar.ma03@bundestag.de

Carolin Schiefer

Tel: 0971 / 6994949 sabine.dittmar.ma04@bundestag.de

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030 - 227 71810

Fax: 030 - 227 76811

sabine.dittmar@bundestag.de

Spargasse 10
97688 Bad Kissingen

Tel.: 0971 – 699 49 49

Fax: 0971— 699 49 50

sabine.dittmar.wk@bundestag.de

Impressum:

Berlin Kompakt erscheint in unregelmäßigen Abständen.

Verantwortlich i.S.d.P.: Sabine Dittmar, MdB , Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Redaktion: Karen Pohle und Michael Frank

Inhalte: Sabine Dittmar, Michael Frank, Karen Pohle und Marco Schneider

Quellen: **http://www.zeit.de/thema/fluechtlinge-in-europa**
http://www.spiegel.de/thema/fluechtlinge/
http://www.nzz.ch/nachrichten/hintergrund/dossiers/migration-international-2.50172

Bildnachweis: Büro Dittmar, Landesgruppe BayernSPD, privat und dpa.